



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Datum: 26. Januar 2010

Nummer: 2010-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 26. Januar 2010

Inhalt	Seite	Seite
1 Einleitung		
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate 6
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen 8
2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate 8
- 2.2.2 Motionen	2	- 3.2.2 Motionen 9
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
- 2.3.1 Postulate	2	- 3.3.1 Postulate 9
- 2.3.2 Motionen	4	- 3.3.2 Motionen 12
2.4 Sicherheitsdirektion		3.4 Sicherheitsdirektion
- 2.4.1 Postulate	5	- 3.4.1 Postulate 12
- 2.4.2 Motionen	5	- 3.4.2 Motionen 14
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- 2.5.1 Postulate	5	- 3.5.1 Postulate 14
- 2.5.2 Motionen	5	- 3.5.2 Motionen 17
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
- 2.6.1 Postulate	6	- 3.6.1 Postulate 17
- 2.6.2 Motionen	6	- 3.6.2 Motionen 17
4 Anträge		17

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2009** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2008** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 [2006/099](#); Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen"; überwiesen am [21/02/2008](#)

Der Regierungsrat hat das Anliegen des Postulats geprüft und mit der Vorlage [2007/267](#) Bericht erstattet. In der Landratssitzung vom 21. Februar 2008 wurde die Abschreibung nach eingehender Diskussion mit Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt.

Gemäss § 35 Absatz 1 Buchstabe a Landratsgesetz kann der Landrat den Regierungsrat beauftragen, einen bestimmten Gegenstand zu prüfen, ihm über die Abklärungen zu berichten und Antrag zu stellen. Mit der [Vorlage zur Beantwortung der Interpellation](#) von Klaus Kirchmayr betreffend «Bedeutung von Postulaten» ([2008/142](#)) hat der Regierungsrat Bedeutung und Wirkung eines Postulats dargelegt. Insbesondere ist dort mit Hinweis auf die Beratung des Landratsgesetzes durch die Spezialkommission «Parlament und Verwaltung» auf Seite 4 Folgendes festgehalten:

«2. Der Landrat sollte prüfen, ob die Regierung den Auftrag, das Anliegen des Postulates zu prüfen und darüber zu berichten, seriös erfüllt hat oder nicht. Ob das Begehren des Postulates materiell erfüllt, teilweise erfüllt oder gar nicht erfüllt ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Dass die Postulierenden ihre Zustimmung zur Abschreibung ihres Postulates jeweils davon abhängig machen, ob ihr Anliegen materiell erfüllt ist oder nicht, ist zwar sehr begrifflich. Diese Haltung entspricht aber keineswegs dem mit dem überwiesenen Postulat erteilten Auftrag des Parlaments an die Regierung (Prüfen und Berichten)!

3. Stehen lassen sollte der Landrat ein Postulat grundsätzlich nur dann, wenn der Regierungsrat das Anliegen des Postulates nicht seriös geprüft hat und die Berichterstattung offensichtlich unvollständig ist.»

In der Landratsdebatte vom 21. Februar 2008 wurde argumentiert, dass das Postulat nicht abzuschreiben

sei, weil mit der Antwort des Regierungsrats das Problem nicht gelöst ist und es daher als Zeichen des weiterhin bestehenden Handlungsbedarfs bestehen bleiben soll. Die formell und juristisch fundierte Berichterstattung wurde hingegen anerkannt. Weder wurde an der seriösen Prüfung des Anliegens gezweifelt noch der Vorwurf der offensichtlich unvollständigen Berichterstattung vorgebracht. Vor diesem Hintergrund ist das Postulat in Beachtung der Vorschriften des Landratsgesetzes («Prüfen und Berichten») nun definitiv abzuschreiben. Der Regierungsrat hat das Anliegen des Postulats seriös geprüft und vollständig Bericht erstattet. Der Auftrag des Vorstosses ist somit vollumfänglich erfüllt. Hinzu kommt, dass sich die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung des Anliegens bis heute nicht verändert haben und ein steuerlicher Abzug für Zeitspenden nach wie vor nicht zulässig ist.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

Keine

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 [2000/037](#); Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentlastung Leimental; überwiesen am [06/04/2000](#)

In den Jahren 2000 - 2003 wurden Projektstudien zum Zubringer Allschwil und der Südumfahrung Basel erarbeitet. Die nachfolgende politische Diskussion wurde mit dem Landratsbeschluss zum kantonalen Richtplan vom [26. März 2009](#) abgeschlossen: Die Südumfahrung Basel sowie ein Zubringer Allschwil wurden nicht in den kantonalen Richtplan aufgenommen. Mit dem kantonalen Richtplan wurde hingegen explizit der Auftrag an die Regierung erteilt, bis in fünf Jahren dem Landrat zwei Vorschläge für die Lösung der Verkehrsprobleme im Leimental, dem Birseck und dem Raum Allschwil zu unterbreiten. Unter dem Namen ELBA (Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil) wird gegenwärtig eine entsprechende Verkehrsplanung vorbereitet. Den Forderungen des Postulats 2000/037 wurde entsprochen; mit Ausnahme der nicht mehr leistbaren Forderungen (z. B. Realisierung von einer Umfahrung Allschwil vor Fertigstellung der Nordtangente in Basel).

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.2 [2003/134](#); Postulat der Justiz- und Sicherheitskommission vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude; überwiesen am [08/09/2005](#)

Das Hochbauamt hat 2006/2007 eine umfassende Analyse der räumlichen Organisation, des Immobilienportfolios - bezogen auf die Nutzung der Büroarbeitsplätze - in der Kantonalen Verwaltung durchgeführt, beinhaltend die Belange aller 5 Direktionen sowie des Kantonsgerichts. Daraus abgeleitet hat der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1008 vom 26. Juni 2007 eine Strategie für ein Flächenmanagement verabschiedet. Die erste konkrete Massnahme, die Optimierung des Standorts Liestal, wurde in Zusammenarbeit mit den Generalsekretären und dem Justizverwalter im 2008 konkret angegangen. Daraus folgt ein räumliches Konzept, welches die Unterbringung des Kantonsgerichts neu im Perimeter Gutsmatte (Nachnutzung bestehende Gebäude für Arbeitsplätze und Neubau für Gerichtssäle) vorsieht. Der Regierungsrat hat dieses Konzept mit Beschluss Nr. 0197 vom 03. Februar 2009 bestätigt. Die Belange des Kantonsgerichts sind somit nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang (Umsetzung Flächenmanagement) zu betrachten. Wäre vor 2009 ein Verpflichtungskredit für das Kantonsgericht eingereicht worden, so wäre dieser zwischenzeitlich überholt, denn die Volksabstimmung über die organisatorische Ansiedlung der neuen Staatsanwaltschaft erfolgte am 17. Mai 2009. Erst mit dieser Entscheidung konnte abschliessend eine Aussage darüber gemacht werden, was der räumliche Bedarf der Organisationseinheit Kantonsgericht beinhaltet. Der Bedarf des Kantonsgerichts liegt aktuell bei ungefähr 109 Arbeitsplätzen. Diese Grundlage liefert die Basis für die kommenden Planungen. Das Hochbauamt wird zusammen mit den Gerichten im 1. Semester 2010 mögliche Lösungsalternativen ausarbeiten. Zu berücksichtigen ist auch die angespannte Finanzsituation des Kantons Basel-Landschaft, welche zu einer rigorosen Priorisierung sämtlicher Bauprojekte führen wird. Von diesem Prozess wird unter Umständen auch das Kantonsgericht betroffen sein.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.3 [2006/173](#); Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung; überwiesen am [14/12/2006](#)

Die BUD kommt nach eingehender Analyse der geltenden gesetzlichen Grundlagen und heutigen Praxis in der Oel- /Gas-Feuerungskontrolle zum Schluss, dass die gewünschten substanziellen Verbesserungen betreffend Abläufe, Gebühren und weitergehender Liberalisierung nur durch Zentralisierung des Vollzugs beim Kanton und Aufheben der Gemeindezuständigkeit erzielt werden können. Gleichzeitig muss die kantonale Feuerungsdatenbank zur Adaption verbesserter Abläufe und Unterstützung von Automatismen erneuert und den aktuellen Informatik-Gegebenheiten angepasst werden. Auf dieser Grundlage wurde ein Vollzugsmodell erarbeitet und an Gemeinden, Feuerungskontrolleuren und Servicebranche zur Vernehmlassung unterbreitet. 28 Gemeinden und die Servicebranche unterstützen den Vorschlag zur Zentralisierung; 35 Gemeinden, der Gemeindeverband und der Verband der Feuerungskontrolleure lehnen die Zentralisierung ab. Die restlichen Gemeinden schliessen sich ususgemäss der Stellungnahme des Gemeindeverbandes an. Der Erneuerung der Datenbank und damit einhergehenden Erhöhung von Automatismen und Verbesserung von Abläufen wird einhellig zugestimmt. Mangels mehrheitlicher Zustimmung der Gemeinden sind für die BUD Zeitpunkt und Voraussetzungen für eine Zentralisierung der Feuerungskontrolle nicht ausreichend gegeben. Hingegen soll die Feuerungsdatenbank im 2010 aktualisiert werden. Die Postulatsforderungen können in Bezug auf

verbesserte Datenflüsse zwischen Kanton, Gemeinden und Feuerungskontrolleuren
Verzicht auf Papier-Rapport-Verkehr und Standardisierung der Messdatenübermittlung erfüllt werden.

In Bezug auf weitergehende Liberalisierung und Vereinheitlichung der Gebühren bleibt die Kompetenz bei den Gemeinden, und der Kanton wird keine Vorschriften erlassen. Eine Revision der Verordnung über die Oel-, Gasfeuerungskontrolle der Gemeinden erübrigt sich.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.4 [2007/102](#); Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet; überwiesen am [01/11/2007](#)

Zahlreiche kantonale Bauten sind an Fernwärmenetze angeschlossen, die ganz oder teilweise mit Holz beheizt werden. Bsp. dazu sind Fernwärme Liestal, Nahwärmeverbund Arlesheim sowie Wärmeverbund Rotackererschulhaus (Gymnasium Liestal). Andere Wärmeverbünde sind mit einer Wärmepumpenanlage ausgerüstet. Bsp. für diese Energielieferanten sind Wärmeverbund der FHNW und Wärmeverbund Binningen. Wenige Liegenschaften im Besitz des Kantons wie Massnahmenzentrum Arxhof, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain sowie Werkhof TBA in Reinach sind mit einer Holzschnitzelfeuerung ausgerüstet. Im Frühjahr 2007 wurde in einem kleineren Gebäude die erste Pelletsheizung eingebaut. In den restlichen Gebäuden erfolgt die Wärmeerzeugung bisher zu einem grossen Teil mit Erdgas oder Erdöl. Der Anteil von erneuerbarer Energie (Holz, Solar, Abwärme aus Industrien, Deponegas usw.) konnte bei den kantonalen Bauten von rund 3% im Jahre 1990 auf zurzeit rund 20% gesteigert werden. Bei anstehenden Neubauten und Sanierungen werden immer verschiedene Varianten von Energieträgern geprüft. Tendenziell werden wo immer möglich erneuerbare Energien eingesetzt. Die Wahl der Lösung ist u. a. abhängig von der bestehenden Gebäudestruktur, anderen Rahmenbedingungen (z.B. Umschlagplatz, Zufahrtmöglichkeiten) aber auch Verfügbarkeit von personellen Ressourcen, welche je nach Energieträger notwendig sind. Ein Entwicklungspotential hinsichtlich der Erhöhung von erneuerbaren Energien im Bereich der Wärmeerzeugung bei den kantonalen Hochbauten ist vorhanden. Mit den zahlreichen mittleren und grösseren Bauvorhaben in der Planung können in der Zukunft weitere, hinsichtlich des Aspekts "Nachhaltigkeit", vorbildhafte Bauten realisiert werden. Dies wird den Anteil an erneuerbaren Energien im Bereich der Wärmeerzeugung weiter erhöhen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.5 [2008/169](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Photovoltaik für alle neuen Kantonsgebäude; überwiesen am 25/09/2008

In der Vergangenheit wurden bei elf Kantonsgebäuden (Neubauten wie Sanierungen) Photovoltaikanlagen oder solare Warmwasseraufbereitungsanlagen installiert. Grundsätzlich besteht nach wie vor der Wille, auch zukünftig neu zu erstellende Kantonsgebäude sowie bestehende Kantonsgebäude, welche einer Totalsanierung unterzogen werden, mit Photovoltaikanlagen und/oder solaren Warmwasseraufbereitungsanlagen auszurüsten.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.6 [2008/027](#); Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2008: Südumfahrung "light"; überwiesen am 13/11/2008

Mit dem Landratsbeschluss zum kantonalen Richtplan vom 26. März 2009 wurde der Regierung explizit der Auftrag erteilt, bis in fünf Jahren dem Landrat zwei Vorschläge für die Lösung der Verkehrsprobleme im Leimental, dem Birseck und dem Raum Allschwil zu unterbreiten. Unter dem Namen ELBA (Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil) wird gegenwärtig eine entsprechende Verkehrsplanung vorbereitet. Im Rahmen dieser Verkehrsplanung werden alle bisher vorgebrachten Lösungsansätze (wie auch derjenige eine tangentialen Umfahrungsachse zwischen Münchensstein - Bottmingen - Allschwil) im Rahmen eines Konkurrenzverfahrens untersucht. Die Forderungen des Postulats 2008/027 sind somit in den entsprechenden Planungsanweisungen im kantonalen Richtplan aufgegangen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.1.7 [2008/166](#); Postulat von Mirjam Würth vom 19. Juni 2008: Kleine Gewässer ans Licht; überwiesen am 13/11/2008

Das Ausdolen der Gewässer wird von Seiten des Kantons und insbesondere dem Geschäftsbereich Wasserbau des Tiefbauamts schon seit Jahren mit grossem Aufwand durchgeführt. So sind in der Vergangenheit über 4000 m eingedolte Gewässer wieder in einen natürlichen Zustand versetzt worden. Das zeigt, dass das Postulat ein Anliegen beinhaltet, welches der Kanton auf der Grundlage der bestehenden Gesetzgebung schon lange umsetzt. Im kantonalen Wasserbaukonzept ist das Ausdolen von Gewässern ein Hauptschwerpunkt. In dem Postulat sind mehrere Aussagen unsorgfältig oder sogar einfach falsch. Insbesondere die Aussagen zum kant. Wasserbaugesetz sind sehr unpräzise. So ist die Schlussfolgerung bezogen auf § 18 WBauG Ausdolen = Revitalisieren in rechtlicher Hinsicht schlicht falsch. Das Wasserbaugesetz definiert Revitalisieren als Umgestaltung von Bachsohlen und Uferbereichen zur Wiederherstellung eines möglichst naturnahen Zustandes. Ausdolen wird hingegen als das Offenlegen eines künstlich unterirdisch geführten Gewässers beschrieben. (RRB 1286 vom 01.09.2009) Dass mit einer Ausdolung gleichzeitig eine naturnahe Gestaltung eines Gewässers anzustreben ist, versteht sich heute von selbst. Ein weiteres Problem des Postulates ist, dass Drainagen und Entwässerungen als eingedolte Gewässer angesehen werden. Rechtlich ist es jedoch so, dass die Drainage- und Meliorationsleitun-

gen keine Gewässer im Sinne von § 4 Wasserbaugesetz sind. Ausserdem sind diese Werke gemäss dem Landwirtschaftsgesetz oft in Eigentum von Einwohnergemeinden oder Flurgenosenschaften und der Unterhalt dieser Werke richtet sich ebenfalls nach dem Landwirtschaftsgesetz. Diese Annahme bezüglich Drainagen und Entwässerungen dürfte auch der Grund sein, weshalb die Postulatin glaubt, das Gewässerverzeichnis sei unvollständig. In der Einleitung des Gewässerverzeichnisses vom 1998 steht: "Das vorliegende Verzeichnis die öffentlichen Gewässer betreffend, ist als Hilfsmittel gedacht, und erhebt keinen Anspruch auf Rechtsgültigkeit. Hiefür gilt einzig das Wasserbaugesetz." Heute ist das Gewässernetz im GIS digital vorhanden, Ergänzungen und Mutationen werden periodisch erfasst und nachgeführt, so auch die Ergänzungen im Zusammenhang mit den Aufnahmen zum neuen Gewässer-Unterhaltkonzept des Geschäftsbezirks Wasserbau. Entgegen den Ausführungen im Postulat, sind die Gewässer im Gewässerverzeichnis heute praktisch vollständig erfasst. Für eine Vervollständigung, wie es das Postulat verlangt, besteht deshalb kein Handlungsbedarf. Schliesslich ist noch richtigzustellen, dass der Kanton, wenn er Parzellen mit eingedolten Gewässern erwerben kann, die Gewässer wenn möglich ausdolt. Beiträge werden in diesem Fall nicht geleistet. Eine Landratsvorlage zu erarbeiten, welche die Förderung und Finanzierung der Ausdolung von Kleingewässern regelt, erachten wir aufgrund der oben stehenden Ausführungen als nicht notwendig. Auch besteht kein grundsätzlicher Handlungsbedarf um das Gewässerverzeichnis zu vervollständigen. Zur Thematik von Ausdolungen kleiner Gewässer im Kanton, findet im Januar 2010 ein "Runder Tisch" statt.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.3.2 Motionen

2.3.2.1 [2005/302](#); Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!; überwiesen am 06/04/2006

Der Regierungsrat hat dem Landrat am 3. Juli 2007 die Vorlage 2007/171 zur Beantwortung der Motion 2005/302 überwiesen und die darin erforderlichen gesetzlichen Anpassungen zur Umsetzung der Motion aufgezeigt. Das Geschäft wurde in der Bau- und Planungskommission (BPK) an vier Sitzungen behandelt. Die regierungsrätlichen Vorschläge wurden mit 6 zu 5 Stimmen gutgeheissen und ein zusätzlicher Antrag zur Streichung des Beschwerderechts der Verbände auch im Baubewilligungsverfahren formuliert, welcher ebenfalls mit 6 zu 5 Stimmen von der BPK beschlossen wurde. An der Landratssitzung vom [10. April 2008](#) wurde mit 48 zu 32 Stimmen auf die Vorlage eingetreten und einem Rückweisungsantrag der CVP/EVP-Fraktion mit 46 zu 36 Stimmen zugestimmt. Gemäss Rückweisungsantrag sollte das neue Bundesrecht abgewartet und dann die neuen einschränkenden Voraussetzungen des Bundesrechts auf kantonale Verfahren transformiert werden.

Die das neue Bundesrecht beinhaltende FDP-Initiative wurde vom Schweizer Volk Ende 2008 abgewiesen, so dass es kein neues Bundesrecht gibt, an das die kantonalen Vorschriften angepasst werden könnten.

Der landrätliche Auftrag ist damit objektiv unerfüllbar geworden.

Antrag auf Abschreibung der Motion.

2.4 Sicherheitsdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 [2007/308](#); Postulat von Regula Meschberger vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen freiwillig an einem sicheren Ort deponieren; überwiesen am 08/05/2008

Aufgrund der per 1.1.2010 in Kraft getretenen Änderung des Bundesrechts (Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen und Verordnung über das Schiesswesen ausser Dienst) kann jeder Armeeangehöriger die Waffe ohne Angabe von Gründen und kostenlos in einem Logistik-Center oder einer Retablierungsstelle der Logistik Basis der Armee hinterlegen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.4.2 Motionen

2.4.2.1 [2007/025](#); Motion von Hannes Schweizer vom 1. Februar 2007: Bearbeitungsgebühren statt Steuern für die Bewilligung von Tombola und Lotteryspielen und Aufhebung der Abrechnungspflicht; überwiesen am 07/06/2007

Per 1.10.2008 wurde die Verordnung vom 24. Juni 1975 über Verlosungen, Glücks- und Unterhaltsspiele sowie gewerbsmässige Wetten in den fraglichen Punkten geändert worden. Die Gebühren wurden von Promillegebühren auf kostendeckende Aufwandgebühren umgestellt, das Anliegen des Vorstosses somit erfüllt. Die Abrechnungspflicht konnte nicht aufgehoben werden, weil eine minimale Kontrolle notwendig und nicht anders möglich ist. Der Regierungsrat hat aber dem Anliegen durch eine Vereinfachung der Abrechnungsvorschriften Rechnung getragen: Gangabrechnungen und Kartenverkaufskontrollen sind künftig nicht mehr erforderlich, nur noch eine einfache Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben, analog den Tombolas. Damit ist das Anliegen des Vorstosses weitgehend erfüllt.

Antrag auf Abschreibung der Motion.

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 [2008/109](#); Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte; überwiesen am 30/10/2008

In der Stellungnahme zur Überweisung wurde ausgeführt, dass die Frage des Zuganges zu Leistungen der Behindertenhilfe im Rahmen des Konzeptes Behindertenhilfe geprüft wird. Im Konzept richten sich die Leistungen an die Zielgruppe der invaliden Personen gemäss Bundesrecht. Dieses definiert Invalidität als vor-

aussichtlich bleibende oder längere Zeit dauernde ganze oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Weil dieser Begriff für die kantonalen Aufgaben in der Behindertenhilfe zu weit gefasst ist, wird die Definition durch kantonales Recht unter Wahrung der bundesrechtlichen Vorgaben präzisiert:

Nebst Personen mit einer Rente der Invalidenversicherung sind dies folgende Personengruppen:

Personen, welche im Sinne des ATSG als invalid gelten, aber aufgrund der fehlenden Beitragszeiten keine Rente der Invalidenversicherung beziehen können,

Minderjährige, die höchstens vier Monate vor Vollendung des 18. Altersjahres in ein Wohnheim, eine Tagesstätte oder eine Werkstätte eintreten und gemäss dem ATSG als invalid gelten,

Personen, welche die Altersgrenze der AHV erreicht haben, aber vor Erreichen der Altersgrenze der AHV in die Werkstätte, das Wohnheim oder die Tagesstätte eingetreten sind,

Personen, welche keine Rente der IV beziehen und an deren Aufenthalt das Bundesamt für Sozialversicherung im Jahr 2007 Betriebsbeiträge ausrichtete, gelten für die Dauer ihres Aufenthaltes als behinderte Erwachsene.

Bei der 2010 anstehenden Überprüfung der Verordnung für die Behindertenhilfe wird erwogen, Bezügerinnen und Bezüger von Hilflosenentschädigungen der IV ohne gleichzeitigen Bezug einer IV-Rente den Zugang zu Leistungen der Behindertenhilfe nach den Finanzierungsregelungen der kantonalen Behindertenhilfe zu öffnen.

Der Zugang ist auch einer ausgedehnteren Zielgruppe als den oben erwähnten Personen möglich, sofern die Finanzierung gesichert ist. Gemäss Konzept Behindertenhilfe ist eine mengenmässige Erweiterung und Nutzung des Angebotes ausserhalb der engen Definition der Behindertenhilfe denkbar, setzt aber einen ausdrücklichen politischen Entscheid über den zusätzlichen Auftrag und die Finanzierung voraus. Falls zum Beispiel statt einer Finanzierung über die Sozialhilfe eine Finanzierung nach den Regelungen der Behindertenhilfe erfolgen soll, bedeutet dies eine Verschiebung der Kostenträgerschaft von der Gemeinde zum Kanton und muss zusätzlich ressourciert werden.

Der Auftrag des Bundes an die Kantone in der Behindertenhilfe umfasst nicht die Prävention von Behinderung im Sinne des Postulates. In diesem Bereich hat die IV im Rahmen der fünften Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung ihre Zuständigkeit erweitert und die Hauptverantwortung dafür den kantonalen IV-Stellen übertragen.

Antrag auf Abschreibung des Postulats.

2.5.2 Motionen

Keine

2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 [2000/049](#); Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Ein Projekt zur Einführung von Teilzeitarbeit in Kaderfunktionen hat differenzierte Empfehlungen erbracht. Diese werden aktualisiert und im Rahmen einer Landratsvorlage im 2. Halbjahr 2010 an das Parlament überwiesen.

3.1.1.2 [2000/187](#); Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags; überwiesen am 30/11/2000

Der Regierungsrat hat im Sommer 2008 eine Prüfung der Betriebszeiten am EuroAirport lanciert. Die mittlerweile vorliegenden Analyseergebnisse werden intern geprüft. Anschliessend folgt eine Koordination mit den anderen Flughafenträgern. Spruchreif wird das Thema ca. Mitte 2010 sein.

3.1.1.3 [2000/246](#); Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Ein umfassendes Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons liegt vor. Das Vorhaben musste aber insbesondere aus finanziellen Gründen vorerst posteriorisiert werden. Im Budget 2010 wurden deshalb dafür keine Mittel eingestellt. Die Umsetzung des Projekts wird für das kommende Jahr geprüft.

3.1.1.4 [2002/127](#); Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Der Vorstoss wird zusammen mit dem Postulat [2000/246](#) beantwortet.

3.1.1.5 [2003/080](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Situation näher analysiert und qualitative und quantitative Handlungsvarianten prüft. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat im 1. Quartal 2010 über das Vorgehen beschliesst. Danach findet eine breite Vernehmlassung statt.

3.1.1.6 [2003/039](#); Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperrung in Zürich

verlangt Nachtflugsperrung in Basel; überwiesen am 04/09/2003

Der Vorstoss wird zusammen mit dem Postulat [2000/187](#) beantwortet.

3.1.1.7 [2003/112](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003

Der Vorstoss bleibt gemäss Landratsbeschluss bestehen, bis sich auf Bundesebene eine Lösung ergibt. Im September 2009 wurde vom Nationalrat als Zweitrat eine Motion der zuständigen Kommission des Ständerates überwiesen (08.3450), die den Bundesrat beauftragt, dem Parlament eine Vorlage betreffend Änderung von Bundesgesetzen zu unterbreiten. Zweck der Vorlage ist es, die beruflich veranlassten Aus- und Weiterbildungskosten gemäss dem Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu behandeln. Die Umsetzung dieses Postulats ist abzuwarten.

3.1.1.8 [2003/312](#); Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes; überwiesen am 27/05/2004

Der Vorstoss wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes abgeschrieben. Der Regierungsrat wird die Landratsvorlage voraussichtlich im 2011 verabschieden.

3.1.1.9 [2005/058](#); Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

Der Bund, die Kantonalen Gebäudeversicherer und die Privatassekuranz erarbeiten derzeit eine gesamtschweizerische Erdbebenversicherung. Diese Arbeiten haben sich weiter verzögert. Es ist aber weiterhin zweckmässig diese Ergebnisse, die wohl erst im Jahr 2011 vorliegen werden, abzuwarten, bevor andere Schritte eingeleitet werden. Die Vorlage [2009/140](#) berichtet über den aktuellen Stand dieses Projekts.

3.1.1.10 [2005/127](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge; überwiesen am 27/04/2006

Der Vorstoss wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes bearbeitet. Der Regierungsrat wird die Landratsvorlage voraussichtlich im 2011 verabschieden.

3.1.1.11 [2006/016](#); Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung; überwiesen am 11/05/2006

Die Mitarbeitendenbefragung wurde im Herbst 2008 bei den Angestellten der kantonalen Verwaltung durchgeführt. Die Resultate wurden ab Januar 2009 vorgestellt. Im Verlauf von 2009 fand der "Follow-up-Prozess" in den Direktionen statt, in dem Verbesserungsmaßnahmen mit den Mitarbeitenden diskutiert und umgesetzt wurden. Die Regierung hat die Auswertung der Mitarbeitendenbefragung zur Kenntnis genommen und die weiteren Massnahmen verabschiedet. Noch ausstehend ist die Mitarbeitendenbefragung bei den Lehrpersonen, welche im Verlauf von 2010

durchgeführt werden soll.

3.1.1.12 [2005/317](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!; überwiesen am 11/05/2006

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Situation näher analysiert und qualitative und quantitative Handlungsvarianten prüft. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat im 1. Quartal 2010 über das Vorgehen beschliesst. Danach findet eine breite Vernehmlassung statt.

3.1.1.13 [2005/257](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien; überwiesen am 11/05/2006

Die Prüfung des Vorstosses musste aufgrund prioritärer Gesetzgebungsarbeiten verschoben werden. Der Bericht wird im 1. Quartal 2010 in den internen Mitbericht gegeben und soll im 1. Semester 2010 vom Regierungsrat verabschiedet werden.

3.1.1.14 [2005/114](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespiesen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist frühestens Ende 2011 der Fall, spätestens Ende 2016.

3.1.1.15 [2006/097](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton; überwiesen am 01/02/2007

Der Regierungsrat wird eine Landratsvorlage zu diesem Thema voraussichtlich in diesem Jahr verabschieden.

3.1.1.16 [2006/226](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!; überwiesen am 15/02/2007

Das Postulat konnte aufgrund prioritärer Gesetzgebungsarbeiten noch nicht abschliessend bearbeitet werden. Der Bericht wird vom Regierungsrat voraussichtlich im 1. Semester 2010 verabschiedet.

3.1.1.17 [2007/069](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"; überwiesen am 18/10/2007

Der Vorstoss wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes bearbeitet. Der Regierungsrat wird die Landratsvorlage voraussichtlich im 2011 verabschieden.

3.1.1.18 [2007/165](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts; überwiesen am 13/03/2008
Der Bericht wird im 1. Quartal 2010 in den internen Mitbericht gegeben und soll im 1. Semester 2010 vom Regierungsrat verabschiedet werden.

3.1.1.19 [2007/134](#); Postulat von Ivo Corvini vom 7. Juni 2007: Steuerabzugsmöglichkeit bei privaten Abwasseranlagen; überwiesen am 13/03/2008
Der Bericht wird voraussichtlich im 1. Semester 2010 vom Regierungsrat verabschiedet.

3.1.1.20 [2007/193](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder; überwiesen am 13/03/2008
Der Vorstoss ist Teil der Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommensbesteuerung, die gemäss Punkt 2.07.17 des Jahresprogramms des Regierungsrats im 1. Semester 2010 in die Vernehmlassung gegeben wird.

3.1.1.21 [2007/159](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008
Der Vorstoss wurde mit der Vorlage zum Finanzhaushaltsgesetz ([2009/081](#)) nicht abgeschrieben. Zurzeit ist eine Verordnung zur Steuerung des Finanzhaushalts (Defizitbremse) in Arbeit (vgl. Jahresprogramm 2009 2.01.02), in welcher dieses Thema geregelt werden soll. Inkraftsetzung der Verordnung ist auf 1. September 2010 geplant.

3.1.1.22 [2007/158](#); Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!; überwiesen am 13/03/2008
Das Postulat wird im Rahmen der Teilrevision des Gemeindegesetzes behandelt, die voraussichtlich im 4. Quartal 2010 an den Landrat verabschiedet wird.

3.1.1.23 [2007/205](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts; überwiesen am 22/05/2008
Der Vorstoss wird im ersten Quartal 2010 beantwortet.

3.1.1.24 [2007/314](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008
Der Regierungsrat wird eine Landratsvorlage zu diesem Vorstoss voraussichtlich im 1. Quartal 2010 überweisen.

3.1.1.25 [2007/284](#); Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen; überwiesen am 22/05/2008
Der Vorstoss wird zusammen mit der Totalrevision der Ruhegehaltsordnung für Mitglieder des Regierungsrates bearbeitet, die voraussichtlich Mitte 2010 an den Landrat verabschiedet werden kann.

3.1.1.26 [2008/314](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer; *überwiesen am 27/11/2008*

Der Bericht wird voraussichtlich im 1. Semester 2010 vom Regierungsrat verabschiedet.

3.1.1.27 [2008/205](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung; *überwiesen am 11/12/2008*

Der Regierungsrat wird voraussichtlich im 2010 eine Vorlage zu diesem Thema überweisen.

3.1.1.28 [2008/221](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; *überwiesen am 11/12/2008*

Das Anliegen des Postulats wird im Rahmen eines neuen Partnerschaftsberichts bearbeitet. Die Ausarbeitung des Berichts kann aus Ressourcengründen erst im nächsten Jahr beginnen.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 [2006/007](#); Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; *überwiesen am 11/05/2006*

Der Vorstoss wird mit der Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetz behandelt, die voraussichtlich im Jahr 2010 in Angriff genommen wird (Ziel: Inkraftsetzung 2013).

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 [2001/036](#); Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen; *überwiesen am 26/04/2001*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.2 [2003/279](#); Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen; *überwiesen am 01/04/2004*

Die Vorlage wird im 1. Halbjahr 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.3 [2004/273](#); Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtraucher; *überwiesen am 13/01/2005*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.4 [2005/113](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen; *überwiesen am 06/04/2006*

Die Vorlage wird im 1. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.5 [2005/224](#); Postulat von Karl Willimann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald; *überwiesen am 08/06/2006*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.6 [2006/026](#); Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen; *überwiesen am 18/01/2007*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.7 [2007/064](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; *überwiesen am 18/10/2007*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.8 [2007/203](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft; *überwiesen am 05/06/2008*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.9 [2007/287](#); Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte; *überwiesen am 16/10/2008*

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.10 [2008/070](#); Postulat von Pia Fankhauser vom 13. März 2008: Behandlungskette im Gesundheitsbereich als Standard; *überwiesen am 16/10/2008*

Die Vorlage wird im 1. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.11 [2008/136](#); Postulat von Daniel Mürger vom 22. Mai 2008: Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbau; *überwiesen am 11/12/2008*

Die Vorlage wird im 1. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.1.12 [2008/122](#); Postulat von Regula Meschberger vom 8. Mai 2008: Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen; *überwiesen am 11/12/2008*

Die Vorlage wird im 1. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 [2002/086](#); Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafentbahn; *überwiesen am 14/11/2002*

Die Vorlage wird im 1. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.2.2 [2004/270](#); Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss; überwiesen am 13/01/2005

Die Vorlage wird im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.2.2.3 [2006/265](#); Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; überwiesen am 19/04/2007

Die Vorlage wird zusammen mit dem Bericht über die Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft im 2. Quartal 2010 an den Landrat überwiesen.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 [1989/024](#); Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die Planungsarbeiten für eine umfassende Tramnetzoptimierung konnten 2009 nicht abgeschlossen werden. Mit der vorläufigen Einrichtung einer Buslinie zwischen Basel SBB und Allschwil konnte die Anbindung von Allschwil provisorisch verbessert werden.

3.3.1.2 [1994/016](#); Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Die Gesamtrevision der kantonalen ÖV-Erlasse erfolgt 2010. Diese beinhaltet neben der Erfüllung dieses Postulates auch die Anpassung an die geänderten Bundesnormen gemäss Bahnreform 2.2 (per 1. Januar 2010 in Kraft getreten).

3.3.1.3 [1998/093](#); Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Die Gesamtrevision der kantonalen ÖV-Erlasse erfolgt 2010. Diese beinhaltet neben der Erfüllung dieses Postulates auch die Anpassung an die geänderten Bundesnormen gemäss Bahnreform 2.2 (per 1. Januar 2010 in Kraft getreten)

3.3.1.4 [1999/255](#); Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Ein umfassender Planungsbericht über die zukünftige ÖV-Entwicklung im Gebiet Pratteln - Liestal - Waldenburg wurde erstellt und im Oktober 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die entsprechende Landratsvorlage ist ausgearbeitet und wird im 1. Quartal 2010 vorliegen.

3.3.1.5 [2001/114](#); Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen am 31/05/2001

Als Grundlage für eine allfällige Revision auf kantonaler Ebene sind die Ergebnisse der im 2009 angelaufenen

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) abzuwarten. Die Teilrevision des RPG wird in Bälde durch den Bund in Vernehmlassung gesendet.

3.3.1.6 [2003/194](#); Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004

Die Planungsarbeiten für eine umfassende Tramnetzoptimierung konnten 2009 nicht abgeschlossen werden. Mit der vorläufigen Einrichtung einer Buslinie zwischen Basel SBB und Allschwil konnte die Anbindung von Allschwil provisorisch verbessert werden.

3.3.1.7 [2004/317](#); Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien; überwiesen am 12/05/2005

Die Prüfung der Umsetzung der Postulate 2004/317, 2005/063 und [2005/064](#) sollte ursprünglich nach Abschluss des Pilotprojektes für eine Zusammenlegung von Dienststellen am Bsp. der kant. Laboratorien (Postulat 2004/317) wieder aufgenommen werden. Dieses Projekt ist sistiert bis die entsprechende Bundesgesetzgebung auf Grundlage EU revidiert wird.

3.3.1.8 [2005/064](#); Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel; überwiesen am 12/05/2005

Das Handbuch mit Checkliste zur Zusammenlegung von Dienststellen plus Regierungsratsbeschluss Nr. 0073 vom 15. Januar 2008 wurden am 15. September 2009 von der FKD der BUD (Amt für Umweltschutz und Energie) zugestellt. Die Direktion BUD hat den Grundsatzentscheid für einen Verzicht einer Zusammenlegung der AUE BS und BL Ende Oktober 2009 gefällt. Die für solche Verfahren federführende FKD hat eine Vorlage zur Beantwortung der Postulate erstellt. Die BUD legt im 1. Quartal 2010 die entsprechende Landratsvorlage mit der Abschreibung der 3 Postulate vor.

3.3.1.9 [2005/063](#); Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS; überwiesen am 12/05/2005

Das Handbuch mit Checkliste zur Zusammenlegung von Dienststellen plus Regierungsratsbeschluss Nr. 0073 vom 15. Januar 2008 wurden am 15. September 2009 von der FKD der BUD (Amt für Umweltschutz und Energie) zugestellt. Die Direktion BUD hat den Grundsatzentscheid für einen Verzicht einer Zusammenlegung der AUE BS und BL Ende Oktober 2009 gefällt. Die für solche Verfahren federführende FKD hat eine Vorlage zur Beantwortung der Postulate erstellt. Die BUD legt im 1. Quartal 2010 die entsprechende Landratsvorlage mit der Abschreibung der 3 Postulate vor.

3.3.1.10 [2005/101](#); Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006

Derzeit befasst sich eine trinationale Arbeitsgruppe im Rahmen eines Interreg IV B Projekts mit der Prüfung dieses Anliegens. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werden diese dem Landrat zugeleitet. Bei plangemäsem Fortgang der Arbeiten kann mit einer Vorlage bis Ende 2010 gerechnet werden.

3.3.1.11 [2005/045](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck; überwiesen am 26/01/2006

Die gesamte ÖV-Erschliessung im Raum Liestal - Waldenburg wurde 2009 grundlegend überprüft und der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Nachgang wird in der ersten Hälfte 2010 dieses Postulat beantwortet.

3.3.1.12 [2005/226](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung; überwiesen am 06/04/2006

Die ausführliche Beantwortung erfolgt im 2010 zusammen mit der Berichterstattung an den Landrat zur Umsetzung des Luftreinhalteplans.

3.3.1.13 [2006/051](#); Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub; überwiesen am 06/04/2006

Die ausführliche Beantwortung erfolgt im 2010 zusammen mit der Berichterstattung an den Landrat zur Umsetzung des Luftreinhalteplans.

3.3.1.14 [2006/115](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel; überwiesen am 27/04/2006

Die vom eidgenössischen Parlament für das Jahr 2010 eingeforderte Vorlage BAHN 2030 (als Nachfolgevorlage zu ZEB) wurde noch nicht vorgestellt. Ob und in welcher Form der neue Juradurchstich enthalten sein wird, kann momentan nicht gesagt werden. Die Beantwortung des Postulats ist somit vorderhand nicht möglich.

3.3.1.15 [2006/011](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz; überwiesen am 30/11/2006

Dieses Postulat kann erst nach Abschluss des derzeit laufenden Verfahrens nach Altlastenrecht zur Abschreibung beantragt werden. Ein Termin hierzu kann derzeit noch nicht genannt werden.

3.3.1.16 [2006/098](#); Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica; überwiesen am 14/12/2006

Eine Beantwortung des Postulats ist erst möglich, wenn der Bundesrat den Kantonalen Richtplan (KRIP) und damit auch den Teil 'Spezialrichtplan Salina Raurica' genehmigt hat. Voraussichtlich wird dies im Verlauf des ersten Quartals 2010 der Fall sein. Erst dann sind die Grundlagen für die weiteren Planungsschritte etwa im Bereich der Energiekonzepte klar und können als Basis für die Überlegungen zum Minergie-Standard herangezogen werden.

3.3.1.17 [2006/174](#); Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentlastung im Ergolzthal; überwiesen am 14/12/2006

Ein umfassender Planungsbericht über die zukünftige Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Gebiet Pratteln - Liestal - Waldenburg wurde erstellt und im Oktober 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die entsprechende Landratsvorlage ist ausgearbeitet und soll

im ersten Quartal 2010 vorliegen.

3.3.1.18 [2007/145](#); Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen; überwiesen am 01/11/2007

Mehrere Praxisbeispiele von öffentlichen Körperschaften, die ihre Schulen an Energiesparerefolgen finanziell beteiligt haben, wurden gesammelt. Letzte offene Fragen werden in Rücksprache mit der im Postulat angesprochenen Gemeinde Marburg (D) geklärt. Im 1. Quartal 2010 wird die Landratsvorlage ausgearbeitet.

3.3.1.19 [2007/065](#); Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Kopplung; überwiesen am 01/11/2007

Die Konzessionsverträge werden zwischen den Erdgasversorgern und den Gemeinden abgeschlossen und vom Regierungsrat genehmigt. Die bestehenden Verträge stammen aus dem Jahr 1996 und haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Die Kündigungsfrist seitens der Gemeinden beträgt 5 Jahre. Derzeit prüfen die Gemeinden (Vertreter der Gemeinden Arlesheim, Münchenstein, Muttenz, Reinach) eine Revision der Konzessionsverträge. Die Landratsvorlage wird unter Berücksichtigung der aktuell laufenden Überprüfung erarbeitet und voraussichtlich im 1. Semester 2010 vorliegen.

3.3.1.20 [2007/088](#); Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard; überwiesen am 29/11/2007

Die Umsetzung der Anliegen aus dem Postulat wird im Rahmen der Baukreditvorlage Kantonsspital Bruderholz, Sanierung und Erweiterung erfolgen und dort in konkreten Schritten dargelegt. Die Baukreditvorlage ist für das 1. Semester 2011 geplant.

3.3.1.21 [2006/317](#); Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben; überwiesen am 10/01/2008

Die Landratsvorlage für die Beantwortung des Postulats ist erarbeitet. Das Mitberichtsverfahren wurde im März 2009 durchgeführt. Dissens zum "Konzept Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben*" durch die Direktionen im Mitberichtsverfahren haben das HBA dazu bewegen, im Rahmen eines separaten Informationsanlasses die Generalsekretäre der Direktionen vertieft in die Thematik einzuführen. Dieser Prozess konnte inzwischen noch nicht abgeschlossen werden und daher ist die Beantwortung erst für das 1. Halbjahr 2010 möglich.

3.3.1.22 [2007/049](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; überwiesen am 24/01/2008

Die Gesamtrevision der kantonalen ÖV-Erlasse erfolgt 2010. Diese beinhaltet neben der Erfüllung dieses Postulates auch die Anpassung an die geänderten Bundesnormen gemäss Bahnreform 2.2 (per 1. Januar 2010 in Kraft getreten).

3.3.1.23 2007/249; Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030; überwiesen am 24/04/2008

Der öffentliche Nahverkehr wird ein Bestandteil des Masterplans Verkehr (Motion 2008/106) sein, an dem seit dem Jahr 2009 gearbeitet wird. Eine bereinigte Fassung dieses Masterplans sollte im Verlauf der 2. Hälfte 2010 vorliegen. Die Erkenntnisse daraus mit Relevanz für den Nahverkehr werden dann in die Beantwortung des Postulates einfließen. Dies wird voraussichtlich im 1. Semester 2011 der Fall sein.

3.3.1.24 2007/253; Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 24/04/2008

Die Planungen für die Realisierung des Margarethensichts gehen zügig voran. 2010 wird ein entsprechender Kredit beim Landrat beantragt. Damit kann das Anliegen erfüllt werden.

3.3.1.25 2007/166; Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; überwiesen am 24/04/2008

Die Weiterentwicklung des Tarifverbundes soll koordiniert mit den benachbarten Verbundgebieten im In- und Ausland erfolgen. Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt.

3.3.1.26 2007/115; Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem OeV ins römische Theater in Augusta raurica; überwiesen am 24/04/2008

Neben bereits ergriffenen Sofortmassnahmen erfolgt die Überprüfung der Verkehrerschliessung in Augusta Raurica 2010. Mit Ergebnissen kann frühestens gegen Ende 2010 gerechnet werden.

3.3.1.27 2007/157; Postulat von Andreas Helfenstein vom 21. Juni 2007: Deponie Margelacker Gesicherte und vollständige Entscheidungsgrundlagen abwarten!; überwiesen am 24/04/2008

Dieses Postulat kann erst nach Abschluss des derzeit laufenden Verfahrens nach Altlastenrecht zur Abschreibung beantragt werden. Ein Termin hierzu kann derzeit noch nicht genannt werden.

3.3.1.28 2007/233; Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteige Verbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch; überwiesen am 24/04/2008

Die Planungsarbeiten für eine umfassende Tramnetzoptimierung konnten 2009 nicht abgeschlossen werden. Mit der vorläufigen Einrichtung einer Buslinie zwischen Basel SBB und Allschwil konnte die Anbindung von Allschwil provisorisch verbessert werden.

3.3.1.29 2007/254; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; überwiesen am 22/05/2008

Für den ganzen Kanton wurde eine Analyse der Schwachstellen beauftragt. Dabei werden insbesondere punktuelle Schwachstellen des bestehenden kantonalen Radroutennetzes überprüft als auch vereinzelt

als Netz (andere Linienführung der Radroute). Die Veloverbindung Reinach-Arlesheim/ Dornach bzw. der speziell im Postulat angesprochene Knoten Dornachbrugg wird ebenfalls in diesem Rahmen behandelt. Die Ergebnisse dieser Analyse liegen im 1. Sem. 2010 vor; die Behandlung des Postulates, voraussichtlich als eigene Landratsvorlage, ist im 2. Semester 2010 vorgesehen.

3.3.1.30 2007/252; Postulat der Grüne-Fraktion vom 18. Oktober 2007: Verwertung von Grünabfällen; überwiesen am 22/05/2008

Das Postulat 2007/252 wird zusammen mit dem Postulat 2008/206 bearbeitet. Eine Ökobilanzstudie zu den verschiedenen Verwertungsformen liegt seit kurzem vor. Auf dieser Basis wird die Landratsvorlage im 1. Quartal 2010 erarbeitet.

3.3.1.31 2008/154; Postulat von Marc Joset vom 5. Juni 2008: Vermeidung von Konkurrenz der Gewerbebetriebe durch Stromversorger; überwiesen am 25/09/2008

Mit den jetzt vorliegenden juristischen Einschätzungen kann auf dieser Basis eine Landratsvorlage im 1. Quartal 2010 erarbeitet werden.

3.3.1.32 2008/172; Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust; überwiesen am 16/10/2008

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des Energiegesetzes in Gang gesetzt worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.

3.3.1.33 2007/204; Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007: Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge; überwiesen am 16/10/2008

Die ausführliche Beantwortung erfolgt im 2010 zusammen mit der Berichterstattung an den Landrat zur Umsetzung des Luftreinhalteplans.

3.3.1.34 2008/028; Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; überwiesen am 13/11/2008

Die Planung zur Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn Basel wird derzeit durch die Kantone der Nordwestschweiz vorangetrieben. Eine solche Haltestelle müsste zudem optimal in das übrige Tram- und Busnetz integriert sein. Die Ergebnisse bezüglich der zukünftigen Netzgestaltung werden nicht vor 2011 vorliegen.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Die vom eidgenössischen Parlament für das Jahr 2010 eingeforderte Vorlage BAHN 2030 (als Nachfolgevorlage zu ZEB) wurde noch nicht vorgestellt. Ob und in welcher Form der neue Juradurchstich enthalten sein wird, kann momentan nicht gesagt werden. Eine Beantwortung der Motion ist somit vorderhand nicht möglich.

3.3.2.2 [2006/246](#); Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!; überwiesen am 01/11/2007

Diese Motion wird zusammen mit Motion 2007/063 bearbeitet. Zum Vorstoss wurde eine Landratsvorlage ausgearbeitet und im 2009 eine Vernehmlassung durchgeführt. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse mussten unter der Federführung des Amtes für Raumplanung und unter Einbezug des VBLG (Verband BL-Gemeinden) Kriterien für die Zulassung und Eingliederung von Solaranlagen in Kernzonen erarbeitet werden. Aufgrund des Berichts dieser Unterarbeitsgruppe wird die Landratsvorlage überarbeitet und voraussichtlich im 1. Halbjahr 2010 vorliegen.

3.3.2.3 [2007/063](#); Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern; überwiesen am 01/11/2007

Diese Motion wird zusammen mit Motion 2006/246 bearbeitet. Zum Vorstoss wurde eine Landratsvorlage ausgearbeitet und im 2009 eine Vernehmlassung durchgeführt. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse mussten unter der Federführung des Amtes für Raumplanung und unter Einbezug des VBLG (Verband BL-Gemeinden) Kriterien für die Zulassung und Eingliederung von Solaranlagen in Kernzonen erarbeitet werden. Aufgrund des Berichts dieser Unterarbeitsgruppe wird die Landratsvorlage überarbeitet und voraussichtlich im 1. Halbjahr 2010 vorliegen.

3.3.2.4 [2007/226](#); Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben; überwiesen am 01/11/2007

Der Vorstoss setzt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes voraus. Dementsprechend ist eine Teilrevision des Energiegesetzes in Gang gesetzt worden. Das teilrevidierte Energiegesetz wird voraussichtlich per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.

3.3.2.5 [2007/198](#); Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 01/11/2007

Diese Motion wird zusammen mit der Motion 2007/248 bearbeitet. Eine umfassende Studie über die potentiellen, logistisch und technisch machbaren Standorte im Kantonsgebiet liegt vor. Sie wurde in der Umwelt- und Energiekommissionssitzung vom 14. Dezember 2009 vorgestellt. In einem nächsten Schritt erfolgt der gemäss 2007/248 geforderte Dialog mit den Landschaftsschutzorganisationen. Eine Landratsvorlage wird frühestens Ende 2010 vorliegen.

3.3.2.6 [2007/194](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsleichen; überwiesen am 15/11/2007

Das Hauptthema dieser Motion wird im Rahmen der Planungsarbeiten ELBA (Entwicklungsplanung Leimental-Birsigtal-Allschwil), Richtplan-Auftrag gemäss Landratsbeschluss vom 26. März 2009, behandelt. Die Projektorganisation dafür wird gegenwärtig erstellt und im Lauf des 1. Quartals 2010 operativ umgesetzt. Erste Erkenntnisse werden gegen Ende 2010 erwartet. Die

Beantwortung der Motion wird frühestens im Verlauf des Jahres 2011 möglich sein.

3.4 Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 [2001/025](#); Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes; überwiesen am 22/02/2001

Am 7.3.2010 wird das Volk über die eidgenössische Tieranwalts-Initiative entscheiden. Wenn das Volk diese Initiative annimmt, müssen die Kantone den Tieranwalt von Bundesrechts wegen einführen. Wird die Initiative vom Volk abgelehnt, wird dem Landrat die Postulatsbeantwortung überwiesen.

3.4.1.2 [2001/163](#); Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips; überwiesen am 10/01/2002

Die Vorlage betreffend Informations- und Datenschutzgesetz wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.3 [2003/019](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons; überwiesen am 27/11/2003

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragte mit Kommissionsbericht 2008/177 das Postulat 2003-019 stehen zu lassen, bis der Landrat ein Jahr nach der Einführung der Reorganisation über den Umsetzungsbericht entschieden habe (LRB 15.1.2009). Dieser Bericht wird dem Landrat bis Ende 2010 überwiesen (Jahresprogramm 2010, Nr. 5.01.10)

3.4.1.4 [2003/122](#); Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob; überwiesen am 15/01/2004

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.5 [2004/004](#); Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob; überwiesen am 06/05/2004

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.6 [2004/119](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.7 [2004/102](#); Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park; überwiesen am 13/01/2005

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.8 2004/301; Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob; überwiesen am 12/05/2005

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.9 2005/232; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel; überwiesen am 16/02/2006

Im Auftrag der beiden Kantonsregierungen von BL und BS prüft die paritätische Betriebskommission zur Zeit verschiedene Varianten für die Zusammenlegung der administrativen Dienstleistungen (Motorfahrzeugkontrollen) und der technischen Dienstleistungen (MFP) und der Durchführung der theoretischen und praktischen Führerprüfungen. Eine in Auftrag gegebene Studie zeigt die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen den Motorfahrzeugkontrollen sowie der MFP auf. Zurzeit werden durch die Betriebskommission verschiedene Kooperationsvarianten intensiv geprüft. Das Projekt eines gemeinsamen Strassenverkehrsamts steht nicht im Vordergrund. Der Regierungsrat wird die Postulatsantwort vorlegen können, sobald die Abklärungen abgeschlossen sind. In Basel-Stadt ist in der gleichen Sache ebenfalls ein parlamentarischer Vorstoss pending. Die Beantwortung der beiden Vorstösse soll daher in den nächsten Monaten in beiden Kantonen koordiniert erfolgen.

3.4.1.10 2005/234; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale; überwiesen am 11/05/2006

Eine interkantonale Arbeitsgruppe hat Ende 2007 die Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Kantone in einer regionalen Verkehrsleitzentrale zusammengestellt. Eine solche Regionalzentrale kann nur verwirklicht werden, wenn der Bund als Eigentümer der Nationalstrassen und Betreiber der nationalen Verkehrsmanagementzentrale VMZ-CH eine solche Zentrale in der Region Basel vorsieht. Dies dürfte nach heutigem Stand der Dinge eher nicht der Fall sein. Entschieden hat der Bund noch nichts. Aus rein verkehrspolizeilicher Sicht macht eine Zusammenlegung der Verkehrsleitzentralen keinen Sinn. Es sind noch weitere Gespräche mit dem Bund erforderlich. Das Geschäft und damit auch die Behandlung des Vorstosses sind zur Zeit noch nicht behandlungsreif.

3.4.1.11 2006/017; Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006

Dem Landrat wird voraussichtlich im 1. Semester 2010 eine Vorlage überwiesen. Die Vorbereitungen und Abklärungen zur Beantwortung des Vorstosses sind nach wie vor im Gang.

3.4.1.12 2006/049; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; überwiesen am 18/05/2006

Dieser komplexe Vorstoss benötigt noch umfassende Abklärungen. Das Geschäft ist somit zur Zeit noch nicht

behandlungsreif.

3.4.1.13 2006/151; Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006

Aufgrund der mündlichen Anfrage von Daniela Gaugler orientierte der Regierungsrat den Landrat an der Sitzung vom 29. Oktober 2009 über den heutigen Planungsstand. Die Zufahrt zur Abwasserreinigungsanlage an der Kantonsstrasse südlich des Neuhofs soll mit einer Bahnsicherungsanlage versehen werden. Gleichzeitig soll die Zufahrt zum westlich der Kantonsstrasse gelegenen Hof aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich Neuhof auf 60 km/h reduziert werden. Ein Fussgängerstreifen oder eine Lichtsignalanlage ist jedoch nicht vorgesehen. Zur Sicherung der Ein- und Ausfahrten wurden bereits 2004 zugunsten beider Landgüter Massnahmen getroffen. Die Realisierung des Projekts 'Bahnübergang ARA Frenke 3 / Neuhof' durch das Tiefbauamt erfolgt frühestens 2012.

3.4.1.14 2007/192; Postulat von Georges Thüring vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds; überwiesen am 06/09/2007

Dem Landrat wird im 1. Semester 2010 eine Vorlage überwiesen.

3.4.1.15 2007/083; Postulat von Regula Meschberger vom 19. April 2007: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes: Zulassung von Einbürgerungskommissionen; überwiesen am 24/04/2008

Dem Landrat wird im 1. Quartal 2010 eine Vorlage überwiesen.

3.4.1.16 2006/171; Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden!; überwiesen am 25/09/2008

Zurzeit wird evaluiert, welche Teile und Bestimmungen der Vereinbarung zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt betreffend die MFP zu erneuern sind. Diese Arbeiten werden sowohl auf baselstädtischer Seite als auch auf basellandschaftlicher Seite parallel vorgenommen. Mit einem gemeinsamen Bericht werden die Regierungen im Verlauf dieses Jahres über die Ergebnisse der Evaluation informiert werden können. Anschliessend werden die Kantonsregierungen das weitere Vorgehen festlegen.

3.4.1.17 2008/012; Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei; überwiesen am 30/10/2008

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit Vertretungen der basellandschaftlichen Gemeinden und der kantonalen Verwaltung (Sicherheitsdirektion, Gemeindedirektion) überprüft zur Zeit die gesetzlichen Bestimmungen im Polizeigesetz und im Gemeindegesetz zur polizeilichen Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden auf ihren Erneuerungsbedarf. Ein zentrales Thema bei dieser Überprüfung bildet die Frage, ob auch weiterhin polizeiliche Dienstleistungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden gegenseitig verrechnet werden können.

net werden sollen. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, ihren Bericht der Sicherheitsdirektion bis Mitte 2010 zu unterbreiten. Gestützt auf den Bericht wird die Sicherheitsdirektion dem Regierungsrat Antrag über das weitere Vorgehen stellen. Das weitere Vorgehen kann in der Einleitung einer Gesetzesrevision bestehen.

3.4.1.18 2008/253; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. Oktober 2008: Milde Urteile geben zu denken !; überwiesen am 27/11/2008

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.19 2008/156; Postulat von Robert Ziegler vom 5. Juni 2008: Das Kriterium des Strafregistereintrages bei Einbürgerungen ist zu überprüfen und differenziert zu handhaben!; überwiesen am 27/11/2008

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.20 2008/123; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Schutz vor Cyberbullying; überwiesen am 27/11/2008

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.21 2008/210; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zivilcourage; überwiesen am 27/11/2008

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2010 überwiesen.

3.4.1.22 2008/155; Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz; überwiesen am 27/11/2008

Im Familienbericht, der bis Ende 2010 erstellt wird, werden die Grundlagen für die Beantwortung dieses Vorstosses erarbeitet.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 2005/160; Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes; überwiesen am 01/12/2005

Es liegt ein Vernehmlassungsentwurf vor. Im Hinblick auf das Verfahrenspostulat 2008-039 betr. Einleitung einer Parlamentsreform beantragte die Spezialkommission Parlament und Verwaltung der SID am 4.12.09 mit der Überweisung der Vorlage zuzuwarten, bis der Landrat den Kommissionsbericht 2009-360 betreffend Einleitung einer Parlamentsreform behandelt hat.

3.4.2.2 2006/311; Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen; überwiesen am 19/04/2007

Es liegt ein Vernehmlassungsentwurf vor. Im Hinblick auf das Verfahrenspostulat 2008-039 betr. Einleitung einer Parlamentsreform beantragte die Spezialkommission Parlament und Verwaltung der SID am 4.12.09 mit der Überweisung der Vorlage zuzuwarten, bis der

Landrat den Kommissionsbericht 2009-360 betreffend Einleitung einer Parlamentsreform behandelt hat

3.4.2.3 2007/111; Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt; überwiesen am 18/10/2007

Es liegt ein mit dem Kanton Basel-Stadt abgestimmter Änderungsentwurf der Behördenvereinbarung vor. Im Hinblick auf die Motion 2009-025 von Martin Rüegg betreffend Bildung gemeinsamer Kommissionen BL/BS, die bejahendenfalls eine Änderung der Behördenvereinbarung zur Folge hätte, wird zugewartet, bis der Landrat über die Überweisung dieser Motion entschieden hat. Im Kanton Basel-Stadt hat der Grosse Rat eine gleichlautende Motion bereits überwiesen.

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Das Postulat wird wie letztes Jahr berichtet inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2008-2011, 6.05.03). In einer ersten Analyse kommt die Projektgruppe zum Schluss, dass die ambulante Jugendhilfe ausgebaut werden soll. Die Projektgruppe ist vom Regierungsrat beauftragt, bis Ende März 2010 Vorschläge zur Steuerung und Finanzierung sowohl der ambulanten als auch der stationären Jugendhilfe vorzulegen. Das Postulat soll bis zum Vorliegen von Ergebnissen zum Konzept Jugendhilfe stehen bleiben.

3.5.1.2 2004/245; Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004

Die systematische Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt für die Volksschule (VO BBZ) ist abgeschlossen. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2010 zur Beratung unterbreitet. Der Vorstoss wird in dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.3 2005/146; Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Die systematische Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt für die Volksschule (VO BBZ) ist abgeschlossen. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2010 zur Beratung unterbreitet. Der Vorstoss wird in dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.4 2005/144; Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeug-

nis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Die systematische Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt für die Volksschule (VO BBZ) ist abgeschlossen. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2010 zur Beratung unterbreitet. Der Vorstoss wird in dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.5 2005/271; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006

Die Federführung für die Bearbeitung dieses Postulates wurde 2009 neu der BKSD übertragen. Die Berichterstattung an den Landrat erfolgt im II. Quartal 2010.

3.5.1.6 2005/182; Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kultugesetz; überwiesen am 18/05/2006

Ein neues Kultugesetz BL liegt im Entwurf vor. Die Vorlage wurde im Dezember 2009 vom Landrat an die Regierung zurückgewiesen. Bis IV. Quartal 2010 wird das Gesetz überarbeitet und dem Landrat eine neue Vorlage unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.7 2006/153; Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences; überwiesen am 19/10/2006

Der Landrat hat die Abschreibung des Postulats entgegen dem Antrag in der Landratsvorlage 2008/268, Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences, vom 21. Oktober 2008 am 11. Dezember 2008 abgelehnt. Das kontrovers diskutierte Postulat bedarf einer engen Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt und der Universität. Über das weitere Vorgehen wird der Landrat im Rahmen der Berichterstattung zum Leistungsauftrag der Universität informiert.

3.5.1.8 2006/101; Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006

Die Kampagne „Stark durch Erziehung“ 2006 bis Ende 2009 ist abgeschlossen. Die Berichterstattung zu diesem Vorstoss erfolgt in Absprache mit dem Postulanten im I. Quartal 2010.

3.5.1.9 2006/250; Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler; überwiesen am 15/02/2007

Die Berichterstattung zu diesem Postulat erfolgt auf der Grundlage der Investitionsplanung für die kommenden Jahre. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Landrat im II. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.10 2006/251; Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften; überwiesen am 15/02/2007

Bei der Überarbeitung und Neulancierung des Berufsauftrags für Lehrpersonen werden veränderte Rahmenbedingungen geschaffen. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Erhebung bei den Lehrpersonen. Die entsprechende Berichterstattung an den Landrat erfolgt im IV. Quar-

tal 2011. Die Postulantin ist über dieses Vorgehen informiert.

3.5.1.11 2006/227; Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Landrat im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.12 2006/155; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen; überwiesen am 22/03/2007

Nach wie vor ist die Nachfrage nach Psychomotoriktherapie grösser als die zur Verfügung stehenden Therapieplätze. Eine befristete Anstellung zum Abbau der Wartelisten hat eine geringe Entlastung gebracht.

Als Therapie der Sonderschulung ist im Sinne der Sicherung der bisherigen durch die IV mitfinanzierten Leistungen durch die kantonalen Stellen sicherzustellen, dass in erster Linie Kinder mit Behinderungen diese Leistung erhalten. Gemäss Sonderschulverordnung klärt das zuständige Fachzentrum (Stiftung Pädagogisch-Therapeutisches Zentrum Baselland ptz) mit einem standardisierten Verfahren ab; mit dem Ziel, dass der Zeitpunkt der Therapieaufnahme nach behinderungsbedingter Dringlichkeit erfolgt. Als weitere Massnahme werden verstärkt Gruppentherapien gefördert, um mehr Kindern die Möglichkeit einer Therapie zu bieten. Vermehrt wird den Eltern, aber auch Lehrpersonen Beratung in Situationen angeboten, wo die absehbare Wartezeit gross ist und keine hohe behinderungsbedingte Dringlichkeit besteht. Für einen vollständigen Abbau und ein Verhindern von Wartelisten müsste das Angebot beträchtlich ausgebaut werden. Von einem solchen kostenträchtigen Schritt möchte die Regierung im jetzigen Zeitpunkt absehen. Wie bereits in den vorangegangenen Sammelvorlagen berichtet, werden im Rahmen des Konzeptes für die Sonderpädagogik und dessen Umsetzung die Zuordnung der Psychomotoriktherapie und die Angebotssteuerung neu konzipiert. Vorgesehen ist, die Psychomotoriktherapie in die Förderangebote (Spezielle Förderung) zu integrieren. Bis zum Ablauf der NFA-Übergangszeit (2008 bis mind. 2010) soll die bisherige Regelung fortgeführt werden.

3.5.1.13 2007/068; Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007

Ein neues Kultugesetz BL liegt im Entwurf vor. Die Vorlage wurde im Dezember 2009 vom Landrat an die Regierung zurückgewiesen. Bis IV. Quartal 2010 wird das Gesetz überarbeitet und dem Landrat eine neue Vorlage unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.1.14 2007/093; Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule; überwiesen am 06/09/2007

Die systematische Evaluation der geltenden Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt für die Volksschule (VO BBZ) ist abgeschlossen. Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2010 zur Beratung unterbreitet. Der Vorstoss wird in dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.15 [2007/162](#); Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft; überwiesen am 21/02/2008

Mit einer Landratsvorlage für die Subventionierung des Theater Basel im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen will der Regierungsrat aufzeigen, wie er sich das künftige Engagement für das Theater vorstellt. Das Postulat wird mit dieser Vorlage behandelt. Sie wird dem Parlament im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.16 [2007/315](#); Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region; überwiesen am 08/05/2008

Diverse wichtige Faktoren (Bedarf, Standort, Dimension, Raumprogramm, Finanzierung, etc.) werden zur Zeit direktionsübergreifend vertieft geklärt. Der Zeitpunkt für die Unterbreitung der Landratsvorlage steht in Abhängigkeit mit den Entscheiden betreffend Neubau FHNW sowie Neu- und Umbau Sekundarstufe II in Muttenz. Die Berichterstattung an das Parlament erfolgt im III. Quartal 2010.

3.5.1.17 [2007/200](#); Postulat von Elsbeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!; überwiesen am 08/05/2008

Nach Durchführung entsprechender Erhebungen betreffend Bedürfnisse der Erziehungsberechtigten erfolgt die Berichterstattung an den Landrat im III. Quartal 2010.

3.5.1.18 [2007/164](#); Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie; überwiesen am 08/05/2008

In die Berichterstattung werden weitere ähnliche Projekte - Nutzung des Industrieareals Hanro, Schaffung neuer Lagerräumlichkeiten für die Sammlungsobjekte des Kantons - einbezogen. Die Berichterstattung kann im II. Quartal 2010 erfolgen.

3.5.1.19 [2007/231](#); Postulat von Karl Willimann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports !; überwiesen am 08/05/2008

Die Berichterstattung beinhaltet ein gezieltes Konzept zur Förderung von Sport und Bewegung im Kindes- und Jugendalter. Dieses richtungsweisende Konzept nimmt zusätzlich Bezug auf die Neuerungen bei Jugend + Sport - insbesondere von Jugend + Sport-Kids. Die daraus resultierenden Massnahmen sollen nachhaltige Wirkung erzielen. Die Vorlage wird dem Parlament im III. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.20 [2007/232](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen; überwiesen am 08/05/2008

Die Berichterstattung zu diesem Vorstoss wird in die Vorlage KASAK 3 integriert, die der Regierungsrat in Auftrag gegeben hat. Die Vorlage wird dem Parlament im III. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.21 [2007/202](#); Postulat der FDP-Fraktion vom

6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel; überwiesen am 08/05/2008

Der Landrat hat die Abschreibung des Postulats entgegen dem Antrag in der Landratsvorlage 2008/267, Neubau für die Life Sciences der Universität Basel an der Spitalstrasse 41 in Basel, vom 21. Oktober 2008 mit Beschluss vom 11. Juni 2009 abgelehnt. Wie in der Vorlage 2008/267 dargestellt und gemäss Vorgabe in der Immobilienvereinbarung der Universität werden bei der Standortevaluation Areale in beiden Kantonen berücksichtigt. Eine Standortevaluation für die noch nicht festgelegten Bereiche ist für das Jahr 2010 vorgesehen. Über die Ergebnisse der Evaluation wird dem Landrat im Jahr 2011 berichtet.

3.5.1.22 [2008/108](#); Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Landrat im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.23 [2008/092](#); Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrössen an der Volksschule; überwiesen am 30/10/2008

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Landrat im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.1.24 [2008/068](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie; überwiesen am 30/10/2008

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Landrat im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 [1998/112](#); Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz; überwiesen am 17/12/1998

Zum erarbeiteten Konzept „Berufliche Fort- und Weiterbildung im Kanton Basel-Landschaft“ wurde ein Mitberichtsverfahren durchgeführt. Die Berichterstattung an den Landrat erfolgt im I. Quartal 2010.

3.5.2.2 [2003/090](#); Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebung; überwiesen am 18/09/2003

Ein neues Kulturgesetz BL liegt im Entwurf vor. Die Vorlage wurde im Dezember 2009 vom Landrat an die Regierung zurückgewiesen. Bis IV. Quartal 2010 wird das Gesetz überarbeitet und dem Landrat eine neue Vorlage unterbreitet. Der Vorstoss wird mit dieser Vorlage zur Abschreibung beantragt.

3.5.2.3 [2003/188](#); Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003

Die Berichterstattung zu diesem Vorstoss wird dem Landrat im I. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.2.4 [2005/126](#); Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen För-

derung; überwiesen am 23/03/2006

Es wurde beschlossen, die Organisation der speziellen Förderung im Kanton Basel-Landschaft in einem separaten Projekt zu überprüfen und neu zu strukturieren. Aus diesem Grund wird dem Landrat dazu eine separate Vorlage, zusammen mit den Anträgen zu den verstärkten Massnahmen aus dem Konzept Sonderpädagogik, im III. Quartal 2010 unterbreitet.

3.5.2.5 2006/225; Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach; überwiesen am 15/02/2007

Gemäss der überwiesenen Motion soll Sport als Promotionsfach am Niveau P der Sekundarschule sowie dem Gymnasium direkt eingeführt werden. Dieser Auftrag wird im Rahmen einer kohärenten Teilrevision unter Einbezug der Evaluationsergebnisse der Verordnung über die Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt für die Volksschule (VO BBZ) sowie der Beratungen zum Bildungsraum Nordwestschweiz bearbeitet. Geplant ist, die Revision nach Abschluss der Vernehmlassung auf Schuljahr 2011/12 umzusetzen.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht**3.6.1 Postulate**

Keine

3.6.2 Motionen

Keine

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 26. Januar 2010

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident:
der Landschreiber:

Wüthrich
Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber per Stichtag 31.12.2009 noch nicht abgeschriebene Vorstösse
- Abzuschreibende Postulate und Motionen

Bis 31. Dezember 2009 erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	2009/385
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	2009/313
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	2009/312
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	2009/385
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	2009/213
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	2009/213
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen	2009/386
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz	2009/385
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen	2009/206
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe 1	2009/290
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft	2009/030
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes	2009/389
2006/200	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum	2009/349
2006/270	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen)	2009/159
2006/315	Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzasche zurück in den natürlichen Kreislauf	2009/195
2006/316	Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz	2009/180
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft	2009/159

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2007/010	Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik	2009/312
2007/027	Postulat der BKSJ vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen	2009/288
2007/037	Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz	2009/385
2007/061	Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich	2009/333
2007/062	Motion von Karl Willmann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern	2009/208
2007/067	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie	2009/333
2007/070	Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis	2009/005
2007/085	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG	2009/336
2007/090	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich	2009/387
2007/116	Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers	2009/316
2007/271	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Standesinitiative gegen EU-Schlachtviehtransporte auf Schweizer Strassen	2009/250
2007/272	Postulat von Jürg Wiedemann vom 1. November 2007: Einsatz von Fachlehrkräften an der Primarschule in den Fremdsprachen Französisch und Englisch	2009/312
2007/273	Postulat von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Weg vom steuerbaren Einkommen als Grundlage für Subventionen	2009/287
2007/291	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. November 2007: Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen	2009/288
2007/309	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. Dezember 2007: Energie-Standards für Gewerbebauten	2009/207
2008/038	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB	2009/385
2008/039	Verfahrenspostulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Einleitung einer Parlamentsreform	2009/039
2008/133	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Regelung der Suizidbeihilfe	2009/104
2008/135	Motion von Klaus Kirchmayr vom 22. Mai 2008: Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten	2009/289
2008/137	Postulat der Grünen-Fraktion vom 22. Mai 2008: Atomstromfreier Kanton Basel-Landschaft	2009/382
2008/170	Postulat von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Berücksichtigung der IAO - Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen	2009/311

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2008/203	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Pro Kopf-Beitrag für Spitexdienste	2009/310
2008/232	Motion der Petitionskommission vom 25. September 2008: Rasche Verlängerung der Buslinien 70 und 80 zum Bahnhof Basel SBB	2009/385
2008/234	Postulat von Jürg Wiedemann vom 25. September 2008: Konzept und Ausbildung der Fremdsprachen (Französisch und Englisch) an der Primarschule	2009/312
2008/281	Postulat von Madeleine Göschke vom 30. Oktober 2008: Bestgerätestrategie des Kantons	2009/359